Bezugspreis
vierteljährlich im Stadt-, Orts- und Nachbarortsverkehr Mk. 1.80, sonstiger Verkehr Mk. 1.90 einschließlich der Postgebühren. Die Einzelnummer kostet 5 Pf. Erscheinungsweise täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Gegründet 1877.

Aus den Tannen

Amtsblatt für Altensteig, Stadt.
Allgemeines Anzeige- und Unterhaltungsblatt
von der oberen Nagold.

Anzeigenpreis
Die 1spaltige Zeile oder deren Raum 12 Pfennig. Die Reklamezeile oder deren Raum 25 Pfennig. Bei Wiederholungen unveränderter Anzeigen entsprechender Rabatt. Bei gerichtlicher Eintreibung und Konkursen fällt der Rabatt weg.

Fernsprecher 11.

Schwarzwälder Tageszeitung. Für die O.-A.-Bezirke Nagold, Freudenstadt und Calw.

Nr. 30 | Druck und Verlag in Altensteig. | Dienstag, den 5. Februar. | Amtsblatt für Pfalzgrafenweiler. | 1918.

Der Krieg.

B. Großes Hauptquartier, 4. Febr. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz:

An vielen Stellen der Front Artillerietätigkeit, die sich namentlich in Flandern, zwischen dem Houthoulsterwald und der Lys, sowie beiderseits der Scarpe steigerte. Westlich von Bellicourt scheiterte ein starker Erkundungsvorstoß der Engländer; an der Ailette nördlich von Braye drangen die Franzosen vorübergehend in unsere Postenstellung ein.

Eigene Infanterie und Pioniere holten nordwestlich von Bezonvaux 19 Gefangene aus den französischen Gräben.

In Luftkämpfen und von der Erde aus wurden an den beiden letzten Tagen 18 feindliche Flugzeuge und 2 Fesselballons zum Absturz gebracht.

Italienischer Kriegsschauplatz:

Zwischen Etsch und Piave vielfach Artilleriekämpfe.

Von den übrigen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

*

Von den Fronten liegen keine neue Nachrichten vor. Patrouillengefechte größeren oder kleineren Umfangs waren allenthalben an der Westfront zu verzeichnen. Am Ailettegrund statteten die Franzosen unseren Gräben einen kurzen Besuch ab, bei Bezonvaux (rechtes Maasufer) machten unsere Feldgrauen eine Gegenvisite und nahmen 19 Poilus mit herüber. — In Italien hat das Geschützfeuer in der Richtung zum Piavefluß an Ausdehnung zugenommen. — In zwei Tagen sind wiederum 18 feindliche Flugzeuge und 2 Fesselballons vernichtet worden, eine Leistung, die einfach erstaunlich ist.

Nach den Polizeiberichten sind bei den Fliegerangriffen in London am 28., 29. und 30. Januar 60 Personen getötet, 183 verletzt worden, 4 werden noch vermißt.

„Nationaltidende" vom 30. Januar schreibt: Die Entente versucht ihre Stellung auf dem Balkan zu stärken, wo eine Mackensensche Offensive großen Stils spätestens im März erwartet werden kann. Auch in Palästina kommen dauernd deutsche Truppen an.

Die „Zürcher Morgenzeitung" meldet: Der frühere englische Oberbefehlshaber in Mesopotamien, Beaucamp-Duff, der seines Kommandos enthoben wurde, weil er für einen erheblichen Teil der Mißwirtschaft in Mesopotamien verantwortlich gemacht wurde, hat sich in London mit Gift das Leben genommen.

Kriegspreise in Nord und Süd.

Von Dr. Friedrich Jahn,
Präsident des Bayerischen Statistischen Landesamts.

Wiederholt wird in der Oeffentlichkeit auf die billigeren Preise hingewiesen, deren sich im Laufe des Krieges Bayern gegenüber anderen Gebieten des Reiches, namentlich gegenüber Norddeutschland, erfreut. Dieser Vergleich ist nur mit Vorbehalt richtig. Er muß auch das Verhältnis zwischen der Preisentwicklung und Einkommensentwicklung berücksichtigen.

Nach den Landes-Durchschnittspreisen kostete eine Lebensmittelmenge, bestehend aus je 1 Kilogramm Brot, Kartoffeln, Rindfleisch, Schweinefett, Speisebohnen, Zucker, 100 Gramm Kaffee, 1 Liter Milch und 1 Ei nach Berechnungen von Losch und Ritscher*) im Juli 1914

	Pfg.	berechn. aus den Preis. v.	
in Bayern	565,7	69	Gemeinden
in Württemberg	545,9	65	"
in Baden	564,3	130	"
in Preußen	489,3	51	"

Demnach betrugen die Ausgaben für diese neun wichtigsten Lebensmittel im Süden etwa 12 bis 16 Prozent mehr als in Preußen und wohl auch im übrigen Norden des Reichs. Der Unterschied ist hauptsächlich veranlaßt durch die leichtere Einfuhr aus dem Ausland, namentlich durch die Uebersee-Einfuhr für Norddeutschland.

Seitdem nun der Krieg die Auslandseinfuhr eingeschränkt, großenteils ganz unterbunden hat, sieht sich auch der Norden auf die inländischen landwirtschaftlichen Erzeugnisse für seine Ernährung angewiesen. Anderseits hob sich für weite Kreise Norddeutschlands durch starke Beteiligung an Kriegsaufträgen und Kriegsgewinn die Kaufkraft mehr als im Süden. So kam es, daß in Norddeutschland die Preisentwicklung rascher emporschnellte, als im Süden, während das Verhältnis zwischen der Lebenshaltung und dem Einkommen sich wenig gegenüber den bisherigen Unterschieden zwischen Nord und Süd änderte.

Nach Ablauf von zwei Kriegsjahren betrug die Preissteigerung in Preußen etwa 136 Prozent, in Bayern, Württemberg und Baden etwa 77 bis 80 Prozent. Beschränkt man sich auf fünf Lebensmittel (1 Kilogramm Brot, Kartoffeln, Zucker, 1 Liter Milch, 1 Ei), so ergibt sich folgende Preisentwicklung für Juli 1914—17:

	1914	1915	1916	1917
		in Pfennigen		
In Bayern	114,3	150,3	156,9	159,5
in Württemberg	121,6	157,2	158,6	166,6
in Baden	121,6	159,0	166,6	193,5
in Sachsen	106,0	146,1	161,1	169,2
in Preußen	121,0	164,8	185,3	203,8
		in Indexziffern**)		
In Bayern	100	131	137	140
in Württemberg	100	129	130	137
in Baden	100	131	137	151
in Sachsen	100	138	152	159
in Preußen	100	136	153	168

Diese Uebersicht veranschaulicht die Teuerung, wie sie im Laufe des Krieges zugenommen hat, in groben Umrissen. Allerdings die volle Schärfe kommt nicht zum Vorschein wegen Außerachtlassung der Fleisch- und Fettpreise. Norddeutschland zeigt ein um etwa 20 Prozent höheres Preisniveau als Süddeutschland.

Deswegen wurde es mehrfach im Süden mißlich empfunden, wenn bei amtlichen Preisfestsetzungen das Kriegsernährungsamt für das ganze Reich Preise in einer Höhe normierte, die wesentlich über das bisherige Preisniveau im Süden hinausgingen, und sich der Kaufkraft unserer Bevölkerung viel weniger anpaßten als der der norddeutschen Kreise.

Deswegen durfte der Ansturm, den kaufkräftige Schichten des übrigen Reichs auf die billigen Lebensmittel im Süden mit hohen, die amtlichen Höchstpreise weit übersteigenden Preisangeboten machten, absolut nicht zugelassen werden, zumal die einheimische Bevölkerung mangels Kaufkraft sich nicht durch anderweite Beschaffenheit solcher Lebensmittel schadlos halten konnte und sonst in in ihrer Ernährung Not zu leiden gehabt hätte. Es mußte gegen jenen Ansturm, der sowohl unter der Flagge des Fremdenverkehrs, wie im Wege eines ausgedehnten Schleichhandels sein Wesen trieb, durch Erschwerung der privaten Lebensmittelausfuhr, durch Ueberwachung dieses Verkehrs und durch Beschlagnahme der erfaßten verbotenen Ausfuhr vorgegangen werden.

Es handelt sich um recht beträchtliche Mengen, die dabei aufgegriffen wurden. So hat z. B. das Bayerische Kriegswucheramt in der Zeit vom 20. Juni bis 31. Dezember 1917 im Post- und Bahnverkehr beschlagnahmt rund 1200 Ztr. Fleisch und Wurstwaren, 306 Ztr. Käse, 400 Ztr. Butter und Speisefette, 840 Ztr. Mehl und Getreide, 30 Ztr. Brot, 210 Ztr. Spezereiwaren, 100 Ztr. Hülsenfrüchte, 315 Ztr. Obst, 130 Ztr. Honig, 157000 Eier, 1038 Gänse, 103 Enten, 458 Stück Hühner.

Dabei ist zu beachten, daß die Ueberwachung des Kriegswucheramts bis zum Oktober nur ein Fünftel des Landes umfaßte und erst seitdem sich auf ganz Bayern erstreckt. Außerdem vermag bei der Ueberwachung ja nur ein kleiner Prozentsatz der Lebensmittel erfaßt zu werden. Infolgedessen stellen die beschlagnahmten Lebensmittelmengen nur einen geringen Bruchteil des gesamten Lebensmittelschmuggels über die Grenzen Bayerns dar. — Aehnliche Erscheinungen sind auch in Württemberg und Baden festgestellt worden.

So sehr die Maßnahmen zur Unterbindung des unerlaubten Warenverkehrs sich als notwendige Abwehr erwiesen, so sind sie selbstredend kein Hindernis, daß von tatsächlich vorhandenen Ueberschüssen an landwirtschaftlichen Erzeugnissen der deutsche Süden an den naturalwirtschaftlich schlechter gestellten Norden abgibt. Im Gegenteil, sie sollen die öffentliche Bewirtschaftung und Verteilung sichern und mit dazu beitragen, neben ausreichender Versorgung des eigenen Landes noch leichter und noch mehr Mengen durch die öffentliche Hand den anderen Bedarfsgebieten überweisen zu können.

*) Vergl. Losch, die Entwicklung der Lebensmittelpreise. Mitteilungen des Württembergischen Statistischen Landesamts 1917 Nr. 7, 10, 11. — Ritscher, Kriegsteuerung im In- und Ausland. Allgemeines Statistisches Archiv 1917, Heft 3/4.

**) Die Steigerung der Lebensmittelpreise im Verhältnis zur Grundzahl 100 berechnet.

Die Friedensverhandlungen.

Ein vernichtendes Urteil über die Bolschewiki-Herrschaft.

Brest-Litowsk, 2. Febr. Das Mitglied der ukrainischen Abordnung Lubinszky führt fort: Wir hätten mehrfach Veranlassung gehabt, gegen falsche Behauptungen Trotzkis Einspruch zu erheben, die er in unserer Abwesenheit gemacht hat. Im Jahre 1917 hat Rußland die auch jetzt noch anhaltende Revolution erlebt, die sich in dem Fahrwasser der nationalen und sozialen Errungenschaften bewegte. Am Steuerrade dieser Republik haben im Laufe ds. Js. verschiedene Regierungen gestanden. Nur in einer einzigen Beziehung sind alle diese verschiedenen Regierungen durchaus gleich geblieben: in ihren kapitalistischen Bestrebungen und in ihrem gierigen Wunsch, die neu erstehenden Völker zu erdrosseln. Die Regierung der Bolschewiki hat den Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts der Völker nur zu dem Zweck aufgestellt, um desto entschiedener diesen Grundsatz in seiner praktischen Durchführung zu bekämpfen. Die lauten Erklärungen der Bolschewiki über die vollkommene Freiheit der Völker Rußlands sind grobe demagogische Mittel.

Die Regierung der Bolschewiki weiß sehr wohl, daß nicht nur die zahlreichen Republiken, die Ukraine, das Dongebiet, der Kaukasus und andere sie nicht als ihre Regierung anerkennen würden, sondern daß auch das russische Volk selbst ihr dieses Recht versagen würde. Nur aus Furcht vor der Entwicklung der nationalen Revolution haben die Bolschewiki mit der ihnen angeborenen Demagogie sowohl in Rußland selbst wie auf der Friedenskonferenz den Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes aufgestellt. Zur Bekämpfung der Durchführung in die Praxis nehmen sie ihre Zuflucht nicht nur zu den Söldnerscharen der Roten Garde, sondern sie greifen noch zu schlimmeren und unzulässigeren Mitteln. Sie unterdrücken die Zeitungen, jagen politische Versamlungen auseinander, verhaften und erschießen Politiker und schreiten schließlich dazu, durch völlig falsche und tendenziöse Schilderungen die Autorität der Regierung der einen oder der anderen jungen Republik zu untergraben. Die Regierung der Bolschewiki führt den Grundsatz der Anarchie und Zerstörung anstatt des Grundsatzes der Selbstbestimmung durch, da sie weiß, daß es leichter ist, zu zerstören als neu zu schaffen.

Der Kampf der Petersburger Regierung gegen die Regierung der Ukrainischen Republik und die offensichtliche Unzufriedenheit bei der Anerkennung der Berechtigung unserer Delegation hat schon früher bei uns nicht unbegründeten Verdacht hervorgerufen. Wir waren überzeugt, daß Trotzki sehr bald versuchen würde, sich von den durchaus klaren und unzweideutigen Worten loszusagen, mit denen er unsere Delegation als bevollmächtigte Vertreter unserer Republik anerkannt hatte. Am Tage, an dem wir nach Kiew abreisten, um unsere endgültige Instruktion einzuholen, ist auf Aufforderung und unter Mitwirkung der Bolschewiki über Petersburg und Dünaburg eine neue Delegation hier eingetroffen, die das Ziel hatte, unsere Autorität in den Augen der arbeitenden Massen Europas zu untergraben.

Die ukrainischen Bauern, Arbeiter und Soldaten haben es unter dem Schutz der aus ihren Reihen hervorgegangenen Intelligenz nicht nur verstanden, sich selbst zu organisieren, sondern sie haben auch alle Bevölkerungsgruppen nichtukrainischer Herkunft, die auf ukrainischem Boden leben, mit herangezogen. Als Ex-

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

gebnis dieser Arbeit ist die ukrainische Rada entstanden, die sich aus den Vertretern der ukrainischen Soldaten, Arbeiter und Bauern zusammensetzt.

Die ukrainische Rada, die schon im Juni vorigen Jahres die erste ukrainische Regierung, das Generalsekretariat, gebildet hat, hat die erste Regierung in Rußland gestellt, die ausschließlich aus Sozialisten zusammengesetzt war. Zur Einmischung in unsere Verhältnisse hat die Petersburger Regierung keinerlei Veranlassung und keinerlei Grund.

Nach dem Gebiet der Ukraine und nach den daran anschließenden Fronten sind schon unter dem zaristischen Regiment vorzugsweise Soldaten nichtukrainischer Abstammung hingeschickt wurden, und es ist während der Revolution nicht gelungen, die Ukrainer von diesen zugezogenen und ihnen fremden Elementen zu befreien. Während die ukrainischen Soldaten von allen Kriegsschauplätzen und von allen Fronten ihre Abordnungen zu dem Frontkongreß nach Kiew schickten und sich alle um die ukrainische Militärrada scharten, die einen Teil der Kiewer Zentralrada bildet, haben die nichtukrainischen Soldaten an einigen Stellen der Ukraine ihre Soldatenräte gegründet, die keinerlei Einfluß auf das Leben der um sie liegenden Gebiete haben. In der Absicht, sich unter diesem oder jenem Vorwande in das innere Leben der Ukraine einzumischen, haben die Petersburger Bolschewiki angefangen, von der ukrainischen Regierung zu verlangen, daß die ganze Regierungsgewalt in der Ukraine gerade diesen Soldatenräten übergeben werde, ohne jede Berücksichtigung der von den Bolschewiki auf der Friedenskonferenz aufgestellten Forderung, daß fremde Truppen aus besetzten Gebieten fortzuführen seien. Natürlich konnte die ukrainische Regierung diese Forderung nicht erfüllen.

Den zweiten Anlaß zur Einmischung in das innere Leben unserer Republik bildete die Forderung der Petersburger Bolschewiki, Neuwahlen der Zentralrada zu veranstalten. Eine derartige Forderung ist eine offenbare Verletzung des Selbstbestimmungsrechtes, und auch deswegen undurchführbar, weil die Vorschriften über die Vertretung in der Rada jeden Augenblick den Wählern das Recht gibt, ihren Vertreter von der Rada abzurufen und ihn durch einen anderen zu ersetzen. Die Wahlen zu der konstituierenden Versammlung ganz Rußlands, die Ende November vorigen Jahres stattfanden, führten auf dem ganzen Gebiete der Ukraine zu einem glänzenden Siege der ukrainischen Zentralrada und der darin organisierten Parteien, indem von den ukrainischen Kandidaten über 75 Prozent gewählt worden sind, während die anderen Parteien, die in der Zentralrada vertreten sind, etwa 15 Prozent, die Bolschewiki sogar weniger als 10 Prozent erzielt haben. Das sind die Massen, auf die sich die ukrainische Zentralrada stützt und in deren Namen wir hierher gekommen sind. Jetzt hat die Petersburger Regierung beschlossen, zum letzten Mittel zu greifen: Sie hat am 3. Dezember in Kiew unter dem schweigenden Einverständnis der Zentralrada den ukrainischen Kongreß der Arbeiter und Bauern einberufen. Auf dem Kongreß trafen über 2000 Delegierte ein. Entgegen den Hoffnungen der Einberufer begannen sie ihre Sitzung mit lauten Huldigungen für die Zentralrada in Kiew und für ihren Vorsitzenden, Professor Cruszewski. Sie haben der Zentralrade mit überwältigender Mehrheit ihr vollstes Vertrauen ausgesprochen. Nach diesen Vorgängen ist eine kleine Gruppe von Bolschewiki, etwa 80 Mann, von diesem Kongreß entflohen, ist nach Charkow übergesiedelt und hat sich als „neue Regierung“ der ukrainischen Volksrepublik erklärt. Die Volkskommissare haben dorthin unorganisierte Banden von Roten Garden hingeschickt, um die Charkower Regierung vor den Bewohnern des Gouvernements Charkow zu „schützen“. So ist die Charkower Regierung entstanden. Es ist kein Zweifel darüber möglich, daß sie nicht nur nicht berufen ist, die ukrainische Republik zu vertreten, sondern daß sie kaum als Vertretung der Stadt Charkow angesehen werden kann.

Anerkennung der ukrainischen Selbständigkeit durch den Vierbund.

Hierauf gab der Vorsitzende der österreichisch-ungarischen Abordnung folgende Erklärung ab:

Wir haben keinen Anlaß, die in der Plenarsitzung vom 12. Januar 1918 erfolgte Anerkennung der ukrainischen Delegation als einer selbständigen Delegation und als einer bevollmächtigten Vertretung der ukrainischen Volksrepublik zurückzunehmen. Wir sehen uns vielmehr weiter veranlaßt, die ukrainische Volksrepublik schon als unabhängigen, freien und souveränen Staat anzuerkennen, der in der Lage ist, selbständig internationale Abmachungen zu treffen.

Trotzki bemerkte, er habe seine bisherige Auffassung über die ukrainische Staatlichkeit nicht geändert. Den vier verbündeten Mächten dürfte es schwer fallen, die geographischen Grenzen der von ihnen soeben anerkannten Republik anzugeben. Für Friedensverhandlungen seien aber die Grenzen eines Staates keine gleichgültige Frage.

Sodann wurde die Sitzung geschlossen.

*

Brest-Litowsk, 2. Febr. Heute vormittag hielt der deutsch-österreichisch-ungarisch-russische Ausschuß zur Regelung der politischen und Gebietsfragen eine weitere Sitzung ab. Staatssekretär v. Kühlmann erklärte zur Frage der Einladung bzw. Zulassung von Vertretern der westlichen Randstaaten zu den Verhandlungen in Brest-Litowsk, der Standpunkt der Mittelmächte in dieser Angelegenheit sei unverändert.

Trotzki führte aus: Wir erkennen die Selbständigkeit und Unabhängigkeit des polnischen Staates an, aber diese Selbständigkeit ist nur eine scheinbare, so lange Polen unter dem Regime der Besetzung steht. Deswegen können wir nicht die jetzigen Vertreter, die durch den Willen der besetzenden Behörden eingesetzt worden sind, als die Vertreter des polnischen Volkes ansehen.

Staatssekretär v. Kühlmann bemerkte, er wisse nicht, warum der Vorsitzende der russischen Abordnung von den westlichen Randvölkern heute die Polen ausgesondert habe. Er glaube aber, einen gewissen Fortschritt darin erkennen zu können, daß Herr Trotzki die Selbständigkeit des polnischen Staates in vollem Umfang angekündigt habe. Er sei über die Vorgänge in Finnland noch nicht genügend unterrichtet, doch seien von zuverlässiger finnischer Seite zahlreiche Klagen darüber zugekommen, daß das russische Heer dort in die inneren Kämpfe eingegriffen habe. Die Stellungnahme müsse daher durchaus vorbehalten bleiben.

Minister des Aeußern Graf Czernin wies darauf hin, daß Trotzki eine ganz richtige Unterscheidung zwischen Staaten und deren Regierungen gemacht habe. Trotzki erkenne nur die Selbständigkeit des polnischen Staates an, wolle jedoch das Recht der dort bestehenden Regierung, diesen Staat zu vertreten, nicht anerkennen. Mit Befriedigung stelle er fest, daß Trotzki mit seinen heutigen Erklärungen wenigstens das Dasein und die Selbständigkeit des polnischen Staates anerkannt habe. Dagegen vermöge er nicht zuzugeben, daß die Frage, ob die gegenwärtige polnische Regierung den polnischen Staat zu vertreten berechtigt sei, dem Schiedsspruch einer dritten Regierung unterliege.

Zur finnischen Frage bemerkte Trotzki, die Petersburger Regierung habe die Unabhängigkeit Finnlands während des Krieges anerkannt, so daß sich damals noch Truppenteile, die am Kriege teilnahmen, auf finnischem Boden befanden. Als der finnische Senat sich mit der Bitte um Anerkennung der Selbständigkeit Finnlands nach Petersburg gewandt habe, habe er den Gedanken geäußert, daß die Truppen spätestens nach Abschluß des Friedens zurückgezogen würden, falls es aus militärischen Rücksichten nicht möglich wäre, sie schon früher zurückzuziehen. Zur Herbeiführung eines Einvernehmens hierüber sei ein Ausschuß gebildet worden. Als nun in Finnland die Revolution der Arbeitermassen begann, habe sich die finnische Sozialdemokratie an die russischen Truppen mit dem Wunsche gewandt, daß sich diese nicht in die Kämpfe einmischen möchten. Es sei nicht ausgeschlossen, daß zwischen Abteilungen der russischen Truppen und Teilen der finnischen Bürgerarmee Zusammenstöße stattgefunden hätten, doch leugne er, daß diese Zusammenstöße irgendwelchen Einfluß auf den Gang der inneren Kämpfe Finnlands hätten haben können.

Was die Heranziehung polnischer Vertreter betreffe, so werde an die russische Delegation wieder die Frage gerichtet, ob sie die Unabhängigkeit Polens anerkenne oder nicht. Es sei klar, daß diese Frage eine Zweideutigkeit enthalte. Er erkenne in vollem Umfang und unbeschränkt das Recht des polnischen Volkes an, selbständig und unabhängig zu existieren, aber er wolle nicht die Augen davor verschließen, daß dieser polnische Staat jetzt von fremden Truppen besetzt sei und daß die sogenannte polnische Regierung sich nur innerhalb der Grenzen bewegen dürfe, die ihr von oben gesteckt würden. Sei der polnische Staat ein Staat, so müsse er geographische Grenzen haben; sei das polnische Reich ein Königreich, so müsse es einen König haben. Wenn der Staat weder Grenzen noch einen König habe, dann sei er kein Staat und kein Königreich.

Graf Czernin erwiderte, die Abordnungen der verhandelnden Mächte seien nicht zusammengekommen, um einen geistigen Ringkampf auszufechten, sondern um zu versuchen ob und inwieweit es möglich sei, zu einer Verständigung zu gelangen. Der polnische Staat sei in der Entwickelung begriffen. Deshalb habe Polen, wie Trotzki ganz richtig bemerkt habe, noch keine feststehenden Grenzen. Aber auch die russische Republik, die noch in der Entwickelung begriffen sei, habe noch keine feststehenden Grenzen, was indessen die Mächte des Vierbundes nicht hindere, mit der gegenwärtigen russischen Regierung zu verhandeln, ohne sich auf eine Prüfung ihrer Legitimität einzulassen. Die Mächte des Vierbundes seien auch bereit, mit der finnischen Regierung zu verhandeln.

Staatssekretär v. Kühlmann fügte hinzu, aus der ersten Erklärung Trotzkis habe er den Eindruck gewonnen, als hätte der Redner damit rückhaltlos die Selbständigkeit des polnischen Staates anerkannt. Nun habe aber Trotzki in seiner zweiten Erklärung ausgeführt, daß Polen mangels fester Grenzen und mangels eines Königs weder ein Staat noch ein Königreich sei. Er müsse darauf hinweisen, daß man sich vollständig in die Wolken verliere, wenn man die Grundlagen einer gesunden juristischen Konstruktion verlasse. — Am Schluß machte Kühlmann Mitteilung davon, daß er durch unabweisbare Pflichten gezwungen sei, auf kurze Zeit zu verreisen. Die Sitzung wurde darauf geschlossen.

Lesefrucht.

Du ziehst hinein, du ziehst hinaus
Ein flücht'ger Gast im eig'nen Haus
Drum wird dir Liebe zum Geleit:
Sie legt ins Heut die Ewigkeit.

Mächtiger als Gold.

Roman von M. Wilde.

(Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Der Justizrat hatte sein Taschentuch gezogen, um seine feuchte Stirn zu trocknen. Hollmann bedauerte den schwergeprüften Mann von ganzem Herzen, denn es war ihm ohne weiteres anzusehen, mit wie furchtbarer, vernichtender Wucht ihn der unerwartete Schlag getroffen. Er schien innerhalb dieser letzten halben Stunde um ein Jahrzehnt gealtert, und ein Ausdruck namenloser Traurigkeit war auf seinem bleich und hager gewordenen Antlitz.

Eine lange Zeit noch verging, bevor er sich dazu aufraffte, zu sprechen. Dann aber sagte er mit fast tonloser Stimme:

„Es ist selbstverständlich, daß wir die Steine wiedererlangen müssen. Sie müssen zu diesem Zweck alles aufbieten, was in Ihren Kräften steht!“

„Dazu bin ich selbstverständlich gern bereit, denn dergleichen gehört ja zu meinem Geschäft. Aber ich muß Sie darauf aufmerksam machen, verehrter Herr Justizrat, daß wir es hier leider mit einem Menschen zu tun haben, der mit allen Hunden gehetzt und mit allen Wassern gewaschen ist. Er schien sich seiner Sache sehr sicher zu fühlen, und wenn Ihre Frau Gemahlin ihm ihren Namen angegeben hat, wird man ihm ja auch schwerlich nachweisen können, daß er den Umständen nach einen unrechtmäßigen Erwerb des Schmuckstücks hätte argwöhnen müssen. Er wird sich also ohne [illegible] nen, und da seine Geschäftsfreunde jedenfalls von dem nämlichen Kaliber sind, wie er selbst, ist zu fürchten, daß auch sie die Situation nach Kräften auszubeuten suchen werden. Vielleicht überlegen Sie es darum doch noch, ob Sie gesonnen sind, um jeden Preis das Opfer zu bringen, das aller Wahrscheinlichkeit nach hier von Ihnen gefordert werden wird.“

„Ich bringe es um jeden Preis“, erklärte der Justizrat mit voller Bestimmtheit. „Auch wenn ich darüber zum armen Manne werden müßte. Verlieren Sie, bitte, keinen Augenblick, sich abermals mit dem Manne in Verbindung zu setzen! Tun Sie, was in Ihren Kräften steht, um mich wenigstens vor der allerschlimmsten Ausbeutung zu bewahren, aber behalten Sie als unverrückbares Ziel im Auge, daß ich die Steine wiedererlangen muß, was sie auch kosten mögen!“

„Sehr wohl, Herr Justizrat — Sie dürfen sich auf mich verlassen! Ich werde, wenn es not tut, auch vor drastischen Mitteln und vor einer nachdrücklichen Drohung mit der Polizei nicht zurückschrecken. Wohin darf ich meine Nachricht über das Resultat meiner Bemühungen richten?“

„Sie finden mich bis zur Erledigung dieser Angelegenheit immer in meiner Kanzlei, die ich voraussichtlich auch während der kommenden Nacht nicht verlassen werde. In mein Haus werde ich jedenfalls nicht zurückkehren, bevor nicht volle Klarheit geschaffen ist. — Aber —“ und noch einmal leuchtete es wie ein schwacher Hoffnungsschimmer in seinen Augen auf — — „schließlich haben wir doch noch keine volle Gewißheit, ob die Person, die sich bei dem Antiquitätenhändler für die Gattin des Justizrats Kröning ausgegeben hat, auch wirklich meine Frau gewesen ist. Es wäre doch denkbar, daß eine andere die Tat ausgeführt und sich nur ihres Namens bedient hätte.“

„Leider sehe ich mich in der traurigen Notwendigkeit, diese Hoffnung zu zerstören. Der Antiquitätenhändler ist, wie gesagt, ein sehr vorsichtiger und geriebener Bursche. Bei dem zweiten Besuche, den ihm die Verkäuferin abstattete, um das Armband abzuholen, hat er sie durch seinen Sohn von einem Nebenzimmer aus photographieren lassen, natürlich, ohne daß sie etwas davon ahnte. Er hat mir die Momentaufnahme vorgelegt, und da ich ja die Ehre habe, Ihre Frau Gemahlin zu kennen, gab es über ihre Identität mit der Verkäuferin der Brillanten für mich keinen Zweifel mehr.“

Wieder hob ein tiefer, schmerzlicher Seufzer die Brust des Justizrats.

„Sie werden sich von dem Manne selbstverständlich auch diese Photographie und die Platte aushändigen lassen“, sagte er. „Ich kann nicht zugeben, daß mein guter Name in den Händen solchen Gelichters sei.“

Der Detektiv versprach, auch diesen Auftrag auszuführen, und als ein im innersten Herzen verwundeter, tiefgebeugter Mann verließ der Justizrat Doktor Kröning das Arbeitszimmer des findigen Herrn Hollmann.

23. Kapitel.

Edith war sehr betrübt und enttäuscht, als sie erfuhr, daß ihr Pflegevater an dem Feste, das doch eigentlich von ihm selbst ihr zu Ehren veranstaltet wurde, nicht würde teilnehmen können.

Doktor Kröning war schon in der letzten Nacht nicht nach Hause gekommen, und am Vormittag des Balltages hatte er aus seiner Kanzlei telephonisch mitgeteilt, daß eine Angelegenheit von äußerster Wichtigkeit ihn voraussichtlich nötigen würde, bis tief in die Nacht hinein zu arbeiten, so daß er sein Erscheinen auf dem Feste nicht in Aussicht stellen könne und es Frau Lydia überlassen müsse, den Gästen die Honneurs zu machen. Wenn Edith den Mann, der seit frühester Kindheit Vaterstelle an ihr vertreten, nicht so gut gekannt hätte, würde sie sicherlich zu ihm gefahren sein und versucht haben, durch Bitten seinen Sinn zu ändern. Aber sie wußte, daß ein Entschluß, den Doktor Kröning einmal ausgesprochen, unumstößlich und unerschütterlich war, und in ihrer Ahnungslosigkeit sagte sie sich, daß er ja wohl auch in der Tat nur einer unabweislichen Notwendigkeit gehorchte, wenn er einer Veranstaltung fernblieb, deren Mittelpunkt sein erklärter Liebling bilden sollte.

So tief war ihr Kummer ja auch schließlich nicht, daß er ihr die Freude auf den Ball ganz und gar hätte verleiden können. Wenn auch ihr Pflegevater nicht da sein würde, ein anderer, der ihrem Herzen mindestens ebenso nahestand wie er, würde doch da sein, und der Gedanke an diesen andern reichte immer hin, sie froh und heiter zu stimmen.

Auch Frau Lydia hatte die überraschende Mitteilung ihres Gatten mit lebhafter Unruhe und mit einem Unbe-

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Einspruch der finnischen Regierung.

Berlin, 4. Febr. Der finnische Geschäftsträger in Stockholm, Staatsrat v. Gripenberg, überreichte dem dortigen deutschen Gesandten einen Einspruch seiner Regierung, daß die Petersburger Regierung nicht nur die russischen Soldaten aus Finnland nicht zurückziehe, wie vereinbart ist, sondern daß sie immer neue entsendet, die die finnische Rote Garde bei Begehung von Mord, Brandstiftung und Schandtaten aller Art unterstützen. Rußland lasse an die Revolutionäre Waffen verteilen und die finnische Bürgergarde entwaffnen. Die Regierung bringe die schwere Kränkung Finnlands durch die Petersburger Regierung mit bestimmtem Einspruch zur Kenntnis derjenigen Mächte, die die Selbständigkeit Finnlands anerkannt haben.

Stockholm, 4. Febr. Einer Vertretung der schwedischen Presse, die eine freiwillige Unterstützung Finnlands im Kampf gegen die bolschewistischen Umtriebe wünschte, erklärten der Staatsminister und der Minister des Aeußern, Schweden könne jetzt nicht eingreifen.

Der Krieg zur See.

Basel, 4. Febr. Reuter meldet aus Washington, der Staatssekretär der Admiralität habe mitgeteilt, das Marinedepartement habe mit Henry Ford einen Vertrag über die Lieferung einer neuen Schiffsart zum Kampfe gegen die Tauchboote abgeschlossen. Das neue Schiff sei eine Verbindung von Torpedobootszerstörer und Tauchbootsjäger.

Kopenhagen, 4. Febr. Der dänische Dampfer Lindeskow ist auf der Reise von einem englischen nach einem französischen Hafen versenkt worden.

Neues vom Tage.

Der Ausstand.

Berlin, 4. Febr. Der Ausstand ist merklich im Abflauen.

---

dagen erfüllt, das nicht frei von Angst war. Diese Angst regte sich in ihrem Herzen ja überhaupt neuerdings bei dem geringfügigsten Anlaß, und nie in ihrem Leben war sie so aufgeregt und nervös gewesen, wie seit dem Tage, an dem die Gräfin Rechberg die Unterschiebung der falschen Steine entdeckt hatte. Die Sicherheit, die ihr die Aeußerungen ihres Mannes über diese Angelegenheit wiedergegeben hatten, war doch nur eine vorübergehende gewesen, und jedenfalls reichte der kleinste Anlaß hin, sie zu erschüttern. Daß so gar nichts in der Sache geschah, dünkte sie nachgerade beinahe unnatürlich und unheimlich. Angstvoll beobachtete sie jeden Blick und jede Miene des Justizrats, und sobald sie einen Schatten auf seinem Gesicht gewahrte, zitterte sie vor dem entsetzlichen Wort, das nach ihrer Ueberzeugung für sie ja gleichbedeutend mit einem Todesurteil gewesen wäre.

Daß er als der Hausherr sich nicht auf dem Ball zeigen wollte, zu dem er selber die Einladungen hatte ergehen lassen, mußte wahrlich eine sehr bedeutsame Ursache haben. Und sie konnte sich nicht vorstellen, daß er sich nur durch eine dringliche Berufsarbeit zu einem so groben gesellschaftlichen Verstoß habe bestimmen lassen. Er beschäftigte doch mehrere Juristen, die ihm diese Arbeit recht wohl hätten abnehmen können, und für ein paar Stunden wenigstens hätte er sich unter allen Umständen in seinem Hause einfinden können. Der erste Gedanke, der sich ihr bei solchen Erwägungen aufdrängte, war natürlich die Furcht, daß seine sonderbare Absage mit der Brillanten-Affäre im Zusammenhang stehen könne. Und die Vorstellung dieser Möglichkeit machte sie so schwach, daß auch sie sich beinahe unfähig fühlte, an diesem Abend ihren schweren Hausfrauenpflichten nachzukommen. Aber dann raffte sie sich wieder zusammen und rief alles, was ihr von ihrem einstigen unverwüstlichen Optimismus noch geblieben war, zu Hilfe, um sich selber von der Haltlosigkeit ihrer Besorgnisse zu überzeugen.

Wenn ihr Gatte die Wahrheit entdeckt, oder wenn er sie auch nur geargwöhnt hätte, so würde er doch sicherlich nicht gezögert haben, sie zur Rede zu stellen und Aufklärung von ihr zu verlangen. Einer solchen Aussprache zaghaft auszuweichen, lag gewiß nicht in seiner Natur, und er war der letzte, dem sie die Fähigkeit zugetraut hätte, mit einem solchen Geheimnis lange herumzulaufen. Es war ein Trost, der vielleicht nicht alle Schatten aus ihrer Seele zu bannen vermochte, der aber immerhin ausreichte, ihr die Nervenkraft wiederzugeben, deren sie für diesen anstrengenden Abend mehr denn je bedurfte.

Ganz besondere Hoffnungen setzte sie ja auch auf ihre Begegnung mit dem Advokaten Krüger, Ediths Vormund, der noch immer in Berlin weilte und bis jetzt keine Absage auf die an ihn ergangene Einladung geschickt hatte. Einen Besuch allerdings hatte ihr der wunderliche alte Mann bis heute noch nicht gemacht. Jedem anderen würde sie das als eine große Unhöflichkeit angekreidet und ihn dementsprechend behandelt haben; von dem Manne aber, der bei der Vergebung von Ediths Hand doch schließlich das entscheidende Wort zu sprechen hatte, würde sie wohl auch einen noch ärgeren Verstoß gegen alles gesellschaftliche Herkommen ungerügt hingenommen haben.

Denn wenn es überhaupt noch eine Möglichkeit gab, für das künftige Glück ihres „armen", geliebten Jungen zu wirken, so mußte es an diesem Abend geschehen. Sie mußte all ihre natürliche Liebenswürdigkeit und ihre oft erprobten weiblichen Künste aufbieten, um auf diesen Südafrikaner, den sie sich als einen nur halb zivilisierten Barbaren vorstellte, den denkbar günstigsten Eindruck zu machen. Und wenn sie die Gewißheit gewonnen hatte, daß ihr dies gelungen sei, mußte sie ihn so lange gegen Konrad von Höningsfeld aufreizen, bis sie die Gefahr einer Annahme seines etwaigen Antrages als glücklich abgewendet betrachten durfte.

Fortsetzung folgt.

Das Polizeipräsidium hat auf die Ermittelung des Mörders des Polizeiwachtmeisters Thimion eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt.

München, 4. Febr. Am Samstag abend kam zwischen der Streikleitung bzw. den Unabhängigen und der sozialdemokratischen Partei eine Vereinbarung zustande, daß unter dem Druck der Verhältnisse die Streikleitung auf weiteren Ausstand verzichte. Die Arbeit wurde heute nach viertägiger Unterbrechung fast durchweg wieder aufgenommen.

Mahnung an die Ukraine.

Berlin, 4. Febr. Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt redaktionell, das deutsche Volk müsse sich fragen, ob bei der gegenwärtigen Sachlage der Friede mit Nordrußland, das durch die Bolschewiki völlig ruiniert werde, noch von Wert sei. Bezüglich der Ukraine haben es die Mittelmächte in der Hand, deren Gebietswünsche bis zu einem gewissen Grade zu befriedigen oder ihnen Hindernisse entgegenzustellen. Die Ukrainer sollten erkennen, daß die Entente mit ihr nur ein Doppelspiel treibe. Die richtige Erkenntnis dieser Sachlage wird dazu führen, daß die Ukrainer auf baldigen Abschluß mit den Mittelmächten dringen werden. Die Zeit zum Handeln und zum Beraten sei nicht mehr allzulange.

Die Kohlenausgleichsverhandlungen.

Berlin, 4. Febr. In Berlin haben in voriger Woche neue Kohlenausgleichsverhandlungen zwischen dem österreichischen Staatsminister und dem Reichskohlenkommissar stattgefunden. Das Ergebnis ist für Deutschland recht betrübend. Bisher gab Oesterreich monatlich 300 000 Tonnen böhmischer Braunkohle nach Deutschland ab, außerdem 25 Proz. der Mehrförderung. Die Einfuhr ist nunmehr auf 275 000 Tonnen gekürzt und auch der Anteil an der Mehrförderung kommt in Wegfall, so daß die Gesamteinfuhr nach Deutschland sich um etwa 75 000 Tonnen vermindert.

Vergeltung.

Berlin, 4. Febr. Zwei deutsche Fliegeroffiziere sind im März 1916 von einem feindlichen Kriegsgericht zum Tode verurteilt worden (das Urteil wurde dann in lebenslängliche Zwangsarbeit umgewandelt), weil sie Flugschriften hinter der feindlichen Front abgeworfen hatten. Frankreich hat erklärt, es werde deutsche Flieger, die Flugschriften abwerfen, durchweg vor ein Kriegsgericht stellen. Seit mehr als zwei Jahren werden aber von englischen Fliegern fortwährend aufreizende Flugschriften hinter den deutschen Linien abgeworfen. Zwei solche Flieger, die Leutnants Scholtz und Woolley, sind gefangen genommen und zur Vergeltung wegen vollendeten Kriegsverrats zu je 10 Jahren Zuchthaus verurteilt worden.

Die Wirren in Rußland.

Petersburg, 4. Febr. Die Bolschewiki-Regierung verfügte die Enteignung aller Häuser in Petersburg, die in Privatbesitz sind.

Petersburg, 4. Febr. (Havas.) Die Regierung „beschlagnahmte" den Goldbestand der Russisch-Asiatischen Bank, 60 Kg. in Barren.

Der allrussische Bauernkongreß wurde gleich nach seiner Eröffnung von der Roten Garde und Matrosen gewaltsam aufgelöst. Die Teilnehmer wurden einem Verhör unterworfen und die Vorsitzenden verhaftet.

Stockholm, 4. Febr. Die finnische Bürgergarde (Weiße Garde) hat Tyvastylä und Tavastehus (an der Bahnlinie Helsingfors—Tammerfors) eingenommen.

Das hiesige ukrainische Bureau erklärt die Meldung, daß Kiew von den Bolschewiki eingenommen sei, für unwahr. Die Rada fährt fort, ihre Truppen zu ordnen.

28 000 polnische Legionäre haben Rogatschew besetzt. Die Bolschewiki haben eine Drohung an die Polen gerichtet, die polnischen Grundbesitzer und andere Bürgerlichen werden mit dem Tode bestraft werden, wenn Rogatschew nicht wieder geräumt werde.

Der polnische General Jassylkiewitsch wurde von den Bolschewiki ermordet, weil seine Truppen sich weigerten, gegen die Ukraine zu marschieren. — Der frühere Kommandant des Petersburger Militärbezirks, General Polkolnikow, wurde nebst zwei anderen Offizieren schwer verwundet. Der Professor Rosenbach wurde ermordet.

London, 4. Febr. Harald Williams berichtet im „Daily Chronicle", in der Ukraine habe eine scharfe Bewegung gegen die Juden eingesetzt, die die Juden der Rada entfremdet habe.

Haag, 4. Febr. Dem „Nieuwe Rotterdamsche Courant" wird über die Art, wie die Bolschewiki in der Ukraine Wahlen machen, aus Stockholm berichtet: Der Stadt Poltawa mit 60 000 Einwohnern, wo die Sowjets der russischen Soldaten überwiegen, wurde das Recht zur Wahl von 7 Abgeordneten zum Kongreß der ukrainischen Sowjets gegeben, während der übrige Teil des Gouvernements mit 2½ Millionen nur 4 Abgeordnete schicken durfte. Die Stadt Tschernigow mit 30 000 Einwohnern erhielt ebenfalls 7, das übrige Gouvernements 4 Abgeordnete. Trotzdem blieben die Bolschewiki auf dem Kongreß mit 124 gegen 2376 Stimmen in der Minderheit, worauf sie unter Protest den Kongreß verließen und diesen für „ungesetzlich" erklärten.

Petersburg, 4. Febr. Die Volkskommissare haben etwa 5000 Arbeiter und Soldaten beauftragt, alle Verkaufsläden, Speicher und Privathäuser nach Lebensmitteln zu durchsuchen.

Berlin, 4. Febr. Der „B. Z. a. M." wird berichtet, daß die Zinszahlung der russischen Schulden eingestellt sei, obgleich die (aufgelöste) verfassunggebende Versammlung den Befehl der Petersburger Regierung, die Staatsschulden für ungültig zu erklären, nicht bestätigt hat. Die einzige Geldquelle sei die Ausgabe immer neuer Staatsnoten, da keine Zölle eingehen und Steuern nicht entrichtet werden. Die täglichen Ausgaben sollen 80 Mill. Rubel betragen. Um die Soldaten und Rote Garde für die bolschewistische Regierung geneigt zu erhalten, werden ihnen hohe Solde bezahlt. Ein Soldat bezieht 8 Rubel, die Roten Gardisten 25 Rubel täglich. Die Arbeitslöhne sind bei 8stündigem Arbeitstag auf 25 bis 40 Rubel gestiegen.

Amtliches.

K. Oberamt Nagold.

Betreff: Pferdevormusterung.

Die Vormusterung des Pferdebestands im Bezirk findet voraussichtlich in der Zeit vom 11.—16. ds. Mts. statt.

Auf die Vormusterung finden die Bestimmungen des Abschnitts A der Pferdeaushebungsvorschrift vom 6. Okt. 1902 (Reg.-Bl. S. 455) mit den Aenderungen vom 7. März 1905 (Reg.-Bl. S. 47), 18. Okt. 1907 (Reg.-Bl. S. 765) u. die Minist.-Erl. vom 10. Febr. 1909 (Amtsbl. S. 31) und 18. Januar 1918 (Staatsanz. Nr. 16) entsprechende Anwendung.

Bezüglich der Anlegung der Pferdevorführungsliste, die doppelt auszufertigen ist, wird auf den oberamtlichen Erlaß vom 9. April 1914 zur genauen Beachtung hingewiesen.

Bemerkt wird, daß in die Vorführungsliste alle im Gemeindebezirk vorhandenen Pferde mit Ausnahme der in § 4 Abs. 4 unter 1—8 der Aushebungsvorschrift genannten aufzunehmen und die Spalten 1, 2, 6 (Bestimmung der letzten Vormusterung) und 7, ferner die Spalte 3 mit mit Ausnahme der 4. Unterspalte (Größe des Pferdes) durch den Ortsvorsteher auszufüllen sind.

Das im Vorjahr angelegte Verzeichnis der im Gemeindebezirk vorhandenen Pferde (Vorführungsliste) ist den Ortsbehörden heute zur Ergänzung zugegangen. Falls in der Zwischenzeit sich mehrere Aenderungen ergeben haben, wird sich dessen Neuanlegung empfehlen. Ein etwaiger Bedarf an Vordrucken und Bestimmungstäfelchen (Anlage A und B der Pf. Aus.-Vorschrift) wäre umgehend telefonisch hierher anzuzeigen.

Da die richtige Aufstellung der Vorführungsliste von größter Wichtigkeit für den geordneten Gang des Musterungsgeschäftes ist, so ist besondere Sorgfalt und Umsicht auf die Anlegung derselben zu verwenden.

Bis spätestens 7. ds. Mts. ist eine Ausfertigung der Liste dem Oberamt vorzulegen.

Den 4. Februar 1918. Kommerell.

Höchstpreis für Schweinefleisch.

Das Kgl. Oberamt Nagold macht bekannt:

Wegen der zur Zeit und in den nächsten Wochen erfolgenden Anlieferung mindergewichtiger Schweine wird für die Zeit, in welcher Schweine mit Stückzuschlägen angeliefert werden, der Preis für ein Pfund frisches (rohes) Schweinefleisch mit eingewachsenen Knochen auf 1,60 ℳ mit sofortiger Wirkung festgesetzt.

Mit dem Wegfall der Stückzuschläge tritt an Stelle obigen Preises wieder der bisherige mit 1,26 ℳ.

Die Zustimmung der Fleischversorgungsstelle ist erfolgt.

Landesnachrichten.

Altensteig, 5. Februar 1918.

ep.- **Geburtsfest des Königs.** König Wilhelm hat für die kirchliche Feier seines Geburtsfestes am Sonntag Reminiszere, 24. Februar als Predigttext die Schriftstelle gewählt: 1. Sam. 7, 12: Bis hierher hat uns der Herr geholfen.

ep.- **Neue Kirchenstellen.** Mit staatlicher Genehmigung ist an der Gedächtniskirche in Stuttgart und an der Dreifaltigkeitskirche in Ulm je eine neue Stadtpfarrstelle mit der Geschäftsaufgabe eines Jugendgeistlichen errichtet worden.

ep.- **Kirchenopfer.** Die Opfer in den evang. Kirchen Württembergs für allgemein kirchliche Zwecke im Jahr 1917 haben folgendes Erträgnis gehabt: für die Heidenmission, am Erscheinungsfest Mk. 48 458.91, für die Württ. Bibelanstalt und den Wiederaufbau der deutsch-evangelischen Auslandsgemeinden, am Reformationsfest Mk. 68 310.23, für den Verein der Gustav-Adolf-Stiftung am Adventsfest Mk. 47 364.80

— **Wirtschaftliches Generalstabswerk.** Um die volkswirtschaftlichen Erfahrungen des Krieges zu sammeln und wissenschaftlich zu verwerten, ist ein wissenschaftlicher Ausschuß beim Kriegsministerium in Berlin unter Leitung des Geheimrats Prof. Dr. Sering und im Reichsamt des Innern unter Vorsitz des Prof. Dr. Spiethoff eingesetzt worden. Zur Erzielung einer einheitlichen Zusammenfassung hat darauf der Reichskanzler die Errichtung eines wissenschaftlichen Ausschusses zur Darstellung der deutschen Kriegswirtschaft angeordnet und den Staatsminister Dr. Delbrück mit dessen Vorsitz betraut. Das zu bearbeitende Werk soll ein Seitenstück zum Generalstabswerk bilden, das wohl auch über den gegenwärtigen Krieg erscheinen wird. Zunächst sollen Beratungen zwischen den verschiedenen Reichsämtern, Ministerien der Bundesstaaten und den großen Selbstverwaltungsverbänden stattfinden.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

— **Vermehrter Rindviehbestand.** Nach der letzten Zählung war in Bayern der Rindviehbestand am 1. Dezember 1917 um 3,7 Prozent größer, als am 1. Dezember 1913, er ist von 3 702 735 Stück auf 3 837 049 Stück gestiegen, während sich der Rindviehbestand im Reich in der gleichen Zeit um 4,4 Prozent vermindert hat. Während sich nämlich die Schlachtviehsorten um 8,6 Prozent verminderten (im Reich um 19,2 Prozent), hat sich das Jungvieh (von 3 Monaten bis 2 Jahren) um 27,6 Prozent vermehrt (im Reich um 12,6 Prozent). Die Schafe haben sich um 5,6 Prozent vermehrt (im Reich um 10,4 Prozent vermindert). Die Schweine haben sich um 35,6 Prozent vermindert (im Reich um 67 Prozent).

— **Keine Zusammenlegung der Schuhgeschäfte.** Der Hauptverteilungsausschuß des Schuhhandels hat von der zwangsweisen Zusammenlegung der Schuhgeschäfte, nach dem einmütigen Beschluß des gesamten Schuhhandels, Abstand genommen. Die Schuhhändler werden unter gewissen Bedingungen Waren in Abständen von je 6 Jahr erhalten.

∞ **Spielberg,** 5. Febr. Schultheiß Keller hier ist nach 21jähriger, erfolgreicher Wirksamkeit von seinen Aemtern aus Alters- und Gesundheitsrücksichten zurückgetreten. Zum Amtsverweser wurde Gemeindepfleger Kalmbach und als stellv. Gemeindepfleger Bauer und Gemeinderat Stickel gewählt.

* **Nagold,** 4. Febr. (Landw. Bez.-Verein.) Am 28. Januar fand hier im Gasthaus z. „Krone" eine gut besuchte Versammlung des Landw. Bezirksvereins Nagold statt. Vorstand Link gedachte in seiner Begrüßungsansprache des verstorbenen Vereinssekretärs Gaiser und seiner Verdienste um den Verein. Landwirtschaftsinspektor Wißmann von Rottweil hielt einen Vortrag über die Zubereitung und Düngung der Felder zum Anbau von Flachs, Hanf und Oelfrüchte und deren Behandlung nach der Ernte. Der Redner betonte die Notwendigkeit, der infolge der Reduzierung des Schweinebestandes noch mehr hervortretenden Fettknappheit durch Anpflanzung von Oelfrüchten wie Raps, Leindotter, Mohn etc. zu begegnen. Der Landwirt hilft sich damit selber und außerdem macht sich dieser Anbau auch gut bezahlt. Oberamtmann Kommerell benützte die Gelegenheit, um die Notwendigkeit der Brennesselsammlung hervorzuheben.

* **Calw,** 4. Febr. (Berufsjubiläum.) Die Lehrerin Braun an der städtischen Fortbildungsschule beging dieser Tage ihr 25jähriges Dienstjubiläum. Ebenfalls das 25jährige Dienstjubiläum konnte die Leiterin der Kleinkinderschule, Frau Widmann, feiern.

(-) **Stuttgart,** 4. Febr. (Gröber nach Berlin.) Der Abg. Landgerichtsdirektor Gröber ist nunmehr gesundheitlich hergestellt, daß er Mitte ds. Mts. nach Berlin zum Reichstag zurückkehrt.

(-) **Stuttgart,** 4. Febr. (Besitzwechsel. — Vom Bürgerausschuß.) Die Stadt hat das dem Konsumverein gehörige Gebäude Wilhelmsplatz 10, in dem der Hilfsausschuß seine Kanzleien hat, um rund 175 000 Mk. erworben; der gegenwärtige Mietwert des Gebäudes, das 5,25 Ar umfaßt, soll etwas über 10 000 Mk. betragen. — Das sozialdemokratische Bürgerausschußmitglied Belz gedenkt wegen seines hohen Alters (60 Jahre) aus den bürgerlichen Kollegien auszuscheiden. An seine Stelle rückt Schlossermeister Karl Bähm-Degerloch.

(-) **Eßlingen,** 4. Febr. (Ueberfahren.) Am vergangenen Freitag Abend geriet ein Soldat eines bei der Eisenbahnbrücke am Hammerkanal haltenden Militärzugs so unglücklich unter die Räder, daß ihm beide Füße am Unterleib abgefahren wurden. Kurze Zeit darauf trat der Tod ein.

(-) **Kloster Beuron,** 4. Febr. (Der neue Abt.) Die Bestätigung der Wahl des neuen Abtes Raphael Walzer durch den Papst ist erfolgt. Der Abtprimas Freiherr v. Stotzingen überbrachte gestern die Bestätigung, worauf die Installation des neuen Abtes erfolgte. Die Weihe findet voraussichtlich am Montag den 11. Februar in der Abteikirche zu Beuron statt.

Gerichtssaal.

(-) **Tübingen,** 3. Febr. Der Fuhrknecht Eugen Nuser hat am Abend des 22. Oktober vorigen Jahres in der Ammergasse den 47jährigen Wirt und Bäcker Ehmer mit einem Brettbeil niedergeschlagen und die zur Hilfe herbeigeeilte Frau Ehmer gleichfalls mit dem Beil niedergestreckt. Weil noch Gäste in der Wirtschaft anwesend waren, mußte Nuser flüchten, ohne das Ehepaar beraubt zu haben. Ehmer ist 14 Tage später gestorben, während die Frau wieder hergestellt wurde. Während der Untersuchungshaft hat Nuser, der vielmals erheblich vorbestraft ist, zwei gelungene Fluchtversuche unternommen und bei der zweiten Flucht mit einem anderen Gefangenen Wilhelm Funk von Düsseldorf den Gefängnisaufseher überwältigt und mit einer Bierflasche schwer verletzt. Nuser wurde zu lebenslänglichem Zuchthaus, wegen versuchten Raubs, versuchten Totschlags und Meuterei zu weiteren 4 Jahren Zuchthaus, Funk wegen Meuterei zu 1 Jahr Zuchthaus verurteilt.

Vermischtes.

Die 4. Wagenklasse wird in Bayern der Osterfeiertage wegen nicht am 1., sondern am 3. April eingeführt. Es werden keine besonderen Wagen eingerichtet; die Zahl III. wird einfach durch IV. ersetzt.

Explosion. In der französischen Stadt Moulins wurden durch die Explosion in einer Granatenfüllanstalt 10 Personen getötet, 30 verletzt; das Postamt wurde durch Feuer zerstört.

Stiftung. Die Stadt München hat zur goldenen Hochzeit des Königspaares eine Stiftung von 1 Million Mark errichtet, deren Zinsen (50 000 Mark) für Kinderfürsorge Verwendung finden sollen.

Von einem ungenannt sein wollenden Ehepaar wurden 100 000 Mark für eine Säuglings- und Kleinkinderfürsorge in Lindau i. B. gespendet.

Der Sultan hat für die Notleidenden im Ueberschwemmungsgebiet der Nahe 10 000 Mark gespendet.

Kostbare Briefmarken. In einer Briefmarkenauktion in Berlin hat eine alte rumänische Zeitung aus dem Jahre 1858 mit 8 Stück 5 Para schwarz auf bläulich den bisher für Briefmarken noch nie dagewesenen Preis von 56 050 Mark gebracht.

Grubenunglück. Auf der Zeche Bruchstraße bei Langenbreer (Westfalen) wurden durch schlagende Wetter 11 Bergleute getötet und viele schwer verletzt.

Juwelendieb. Ein angeblicher Studierender aus Gnesen (Posen) namens Puttin, der sich an deutschen Universitäten herumtreibt, stahl in einem Goldwarengeschäft in Stuttgart einen Ring im Wert von einigen hundert Mark, in einem anderen Geschäft drei Ringe im Wert von 3600 Mark. Aehnliche Diebstähle führte er in München aus. Der gefährliche Dieb, der in den besten Gasthöfen zu wohnen pflegte, wurde zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt.

Letzte Nachrichten.

Der Abendbericht.

WTB. Berlin, 4. Febr., abends. (Amtlich.) Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Unterseebootserfolge.

WTB. Berlin, 4. Febr. (Amtlich.) Der feindliche Transportverkehr nach dem Orient u. Italien wurde durch unsere U-Boote im mittleren und besonders im östlichen Teile des Mittelmeeres durch die **Vernichtung von 4 Dampfern und 4 Seglern** wieder erheblich geschädigt. Einer der versenkten Dampfer scheint der bewaffnete englische Dampfer Hampstead (3447 Tonnen) gewesen zu sein. Der vernichtete italienische Segler Giuseppe hatte Phosphat geladen. Der Chef des Admiralstabs der Marine.

WTB. Berlin, 4. Febr. Ueber die Versenkung von Phosphat wurde schon häufiger berichtet. Es zählt zu den Düngemitteln, die über See in die feindlichen Mittelmeerländer geführt werden müssen, um dort die sinkenden Erträgnisse der Landwirtschaft zu steigern. U-Bootskrieg und Schiffsraummangel verursachten im vergangenen Jahre einen gewaltigen Rückgang der Einfuhr phosphathaltiger Düngemittel nach Italien. Sie fiel laut Economiste d'Italia vom 5. Jan. in Genua dem Haupteinfuhrhafen Italiens von 98 638 Tonnen im Jahre 1915 auf 38 578 Tonnen im Jahre 1917. Daraus folgt klar der Schaden, den die Ernährung unserer Feinde auf diesem mittelbaren Wege erleidet.

* **Berlin,** 5. Febr. Zur **Konferenz Ludendorff-Kühlmann-Czernin** sagt der Berliner Lokalanzeiger: Jedenfalls dürfen wir darauf vertrauen, daß die Berliner Besprechungen einen rascheren Verlauf nehmen werden als diejenigen in Brest-Litowsk. General Ludendorff der zu ihnen hierher gekommen ist, wird es wahrscheinlich ziemlich eilig haben, recht bald wieder in das Große Hauptquartier zurückzukehren.

Die Berliner Volkszeitung schreibt: Alle Voraussetzungen sind gegeben, um mit der Ukraine, wenn nicht Unvorhergesehenes dazwischen kommt, binnen kürzester Frist Frieden zu schließen.

Die Kreuzzeitung hat Anlaß, eine Darstellung des „Tag" als zutreffend zu halten, nach der auch die rumänische Frage seit einigen Tagen in ein neues Stadium eingetreten ist. Man glaube, daß die rumänische Regierung nunmehr entschlossen sei, aus ihrer haltlos gewordenen Lage die Konsequenz zu ziehen und, dem Beispiel der Kiewer Rada folgend, sich von Rußland u. seinen Bundesgenossen loszusagen.

* **Berlin,** 5. Febr. In Rußland soll, der „Vossischen Zeitung" zufolge, das Gerücht verbreitet sein, daß die **Japaner** von ihren Konsulaten die Weisung erhalten hätten, **Rußland schnellstens zu verlassen.** Viele sollen bereits auf der Heimreise sein.

WTB. Stockholm, 5. Febr. Nach Meldungen der Stockholmer Blätter nimmt **die Schreckensherrschaft der Roten Garde** in Helsingfors immer entsetzlichere Formen an. Die ganze Nacht hindurch hört man Gewehrfeuer und auch in der vorigen Nacht wurden wieder mehrere Bürger erschossen. Nach Angabe der Eisenbahnbeamten erhielt die Rote Garde auch in Helsingfors Unterstützung durch russische Truppen, die unter dem Befehl eines Kommissars eintrafen.

* **Berlin,** 5. Febr. Der Vossischen Zeitung zufolge beginnen heute in Sinai **Unterhandlungen zwischen dem Vierbund und Rumänien** über den Abschluß eines Waffenstillstandes.

Mutmaßliches Wetter.

Der Hochdruck geht weiter zurück. Am Donnerstag und Donnerstag ist meist bedecktes und milderes Wetter zu erwarten.

Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei Altensteig.
Für die Schriftleitung verantwortlich Ludwig Lauk.

Bestellungen
auf unsere täglich erscheinende Zeitung
„Aus den Tannen"
werden fortgesetzt von allen Postanstalten, Postboten, Agenten und Austrägern unserer Zeitung entgegengenommen.

Bruchleidende
tragen oft kein Bruchband, weil ihnen der Druck ihres Federbandes zu lästig ist, verschlimmern ihr Leiden aber dadurch.
Mein Bruchband „Ideal" ohne Feder, eigenes System, auch bei Nacht tragbar, bietet die grösste Erleichterung, unter Garantie für tadellosen Passen. Leib- und Vorfallbinden, Geradehalter. Langjährige Erfahrung, reelle Bedienung.
Zwecks Anpassung persönlich zu sprechen in Nagold Freitag, 8. Februar v. 4—6 Uhr abends u. Samstag, 9. Februar v. 9—12 Uhr morgens i. Hotel z. Rössle.
Bandag.-Spezialist Eugen Frei, Stuttgart, Kronenstrasse 46

Konfirmations-
Gesang-Bücher
und
Gesangbuch-Täschchen
empfiehlt die
W. Rieker'sche Buchhdlg.

Altensteig.
Gläser
zu Buttermaschinen
2, 3 und 4 Liter
sowie
Essenträger
sind wieder eingetroffen bei
Paul Beck.

Schuhfett
in Dosen zu 46 und 50 Pfg. empfiehlt
Chr. Seeger
Leder- u. Wagenfetthandlung
Altensteig, Bahnhofstr.

Unterzeichneter setzt eine sehr starke

Schaff-Kuh
samt Kalb
dem Verkauf aus.
Johannes Schlecht
Neuweiler.

Braves, fleißiges
Mädchen
für Haus und Gartenarbeit auf 1. März oder später nach Nagold
gesucht.
Gefällige Auskunft erteilt Frau Hauptlehrer Nächele, Altensteig

Mädchen gesucht.
Braves, fleißiges und ehrliches Mädchen auf 1. April gesucht.
Kenntnisse im Kochen nicht erforderlich
Apotheke Merklingen.

Altensteig.
Einen starken

Kohl-Fuchs
12jährig, gut im Zug, sowie etwa
5 Wagen
Dung
hat zu verkaufen
J. G. Hennefarth
Fuhrmann.

Schwäbisches
Kriegs-Kochbuch
Von Luise Hainlen
Eßlingen St.
— Preis 50 Pfennig —
Ein sehr empfehlenswertes praktisches und preiswertes Kochbüchlein für die Kriegszeit.
Zu haben in der
W. Rieker'schen Buchh.

Kubiktafeln
zur Berechnung runder Stämme
gebunden in Westentaschenformat
Preis 50 Pfg.
empfiehlt die
W. Rieker'sche Buchhandlung
L. Lauk, Altensteig.